

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 22 für den Wahlkreis 4 August/September 2011

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

das Berliner Straßenbild hat in diesen Wochen eine auffällige Veränderung erfahren: Der Berliner Wahlkampf ist in seine heiße Phase getreten, und die Wahlplakate der verschiedenen Parteien prägen den Anblick unserer Straßen. Manch einer stört sich an dieser politisch motivierten "Verschandelung" des Stadtbildes – andere finden es nicht schlecht, die Namen auf dem Wahlzettel auch mit Gesichtern verbinden zu können. In jedem Falle jedoch sind nicht die Gesichter der Kandidatinnen und Kandidaten entscheidend, sondern es sind die politischen Konzepte, die am 18. September zur Abstimmung stehen. Ich will Ihnen gute Gründe nennen, weshalb die Wahl der Berliner SPD und ihres Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit die richtige Entscheidung am 18. September ist.



satz zum Bundestrend nimmt daher die Bevölkerung in Berlin auch nicht ab, sondern zu! Und dies ist kein Zufall, sondern hängt damit zusammen, dass Berlin ein weltoffenes Klima pflegt und insbesondere für die Familien etwas tut. Die Kindertagesstätten sind nicht länger "Aufbewahrungsanstalten" für Kinder, sondern Bildungseinrichtungen, und diese sollen von möglichst allen Kindern besucht werden! Der Geldbeutel der Eltern darf hierfür kein Hindernis sein – und daher hat die SPD ihr Wahlversprechen erfüllt und den Kita-Besuch ab dem dritten Lebensjahr kostenfrei gemacht.

Die neue Sekundarschule sorgt dafür, dass keine Schülerin und kein Schüler mehr in einer "Rest-Schule" abgehängt wird, sondern in allen Schulzweigen der Weg zum Abitur offen steht.

Berlin hat seit dem Regierungsantritt von Klaus Wowereit im Sommer 2001 Schritt für Schritt das miefige Image einer sich abkapselnden Stadt und die Gewohnheit des ständigen Handaufhaltens der Diepgen-Landowsky-Ära überwunden. Berlin besinnt sich zunehmend auf die eigenen Kräfte und die Stärken des hiesigen Wirtschaftsstandorts. Zuzüge wichtiger Industrieunternehmen wie Bombardier, Pfizer, BASF, Stadler oder aus der Medienbranche wie Universal, MTV u.a. schaffen eine neue Grundlage für eine eigenständige Wirtschaftsstruktur. Traditionsunternehmen wie z.B. Siemens oder Berlin-Chemie haben zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen, und laufend entstehen neue Unternehmen. Die Zahl der Touristen aus aller Welt nimmt Jahr für Jahr zu und bedeutet einen enormen Gewinn für unsere Stadt. Berlin kommt wirtschaftlich voran, was sich auch bei den Arbeitsplätzen zeigt: Über 120.000 neue Arbeitsplätze sind in den letzten fünf Jahren entstanden, die Arbeitslosigkeit konnte um 30 % abgebaut werden – stärker als in jedem anderen Bundesland. Das Wirtschaftswachstum der letzten fünf Jahre lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt

Berlin wirkt wie ein Magnet auf junge Menschen, die sich hier niederlassen und Familien gründen. Im Gegen-

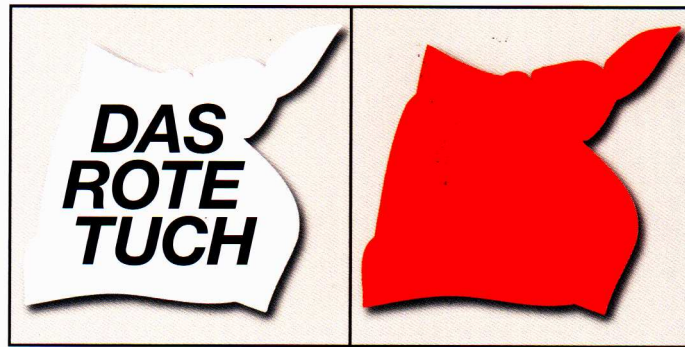
Berlin ist eine soziale Stadt. Auch die ältere Generation und diejenigen, die noch von Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben hier ihren Platz. Die Berliner SPD sorgt dafür, dass die Mieten nicht ins Unermessliche steigen wie etwa in München, Hamburg oder anderen europäischen Hauptstädten. Hierfür wird es neuer Anstrengungen im Wohnungsbau bedürfen. Mit den landeseigenen Unternehmen werden wir in der Wohnungswirtschaft wie auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge dafür Sorge tragen, dass das soziale Gleichgewicht erhalten bleibt und die Lebensgrundlagen nicht nur für Reiche erschwinglich sind.

In Berlin gibt es viel zu tun, und es gibt großartige Chancen, die wir nicht mit Herrn Henkel oder Frau Kühnast haben, sondern mit Klaus Wowereit und der Berliner SPD! Ich bitte Sie herzlich um Ihre Unterstützung – gerade auch für diesen Wahlkreis im Herzen der City West, die sich keineswegs auf dem absteigenden Ast befindet, wie manche glauben machen wollen, sondern die eines der vitalsten und zukunftsträchtigsten Zentren unserer Stadt ist!

Ihr

Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke



Das ROTE TUCH

1978 beschloss der Kreisvorstand der SPD Charlottenburg, einen Jugendmedienpreis zu vergeben. Anlass war, dass mit zeitlichem Abstand zum Dritten Reich immer häufiger Verharmlosungen, Entschuldigungen, Verständnis bis hin zu bestürzend unreflektierten Sympathien für Ideologie und Taten der verbrecherischen Nationalsozialisten in Teilen der deutschen Gesellschaft spürbar wurden. Besonders alarmierend war, dass vor allem Jugendliche zu leichtfertig verführten Opfern dieser verspäteten Mittäter zu werden drohten. Der langen antifaschistischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie fühlten sich unsere Vorgänger zu Recht verpflichtet und der Name DAS ROTE TUCH sollte Verpflichtung und Anspruch zugleich sein.

In der Ausschreibung heisst es: Es werden Werke ausgezeichnet, in denen antidemokratische oder neofaschistische Tendenzen in unserer Gesellschaft kritisch dargestellt, demokratisches Handeln der jungen Generation, insbesondere auch gegenüber Minderheiten, gefördert und zur Immunisierung der Jugend gegen antidemokratische Bestrebungen in unserer Republik beigetragen wird.

Eine engagierte Jury hat es bis heute verstanden, diesem hohen Anspruch sowohl politisch als auch künstlerisch gerecht zu werden. Davon zeugen die Preisträger der letzten Jahre: das Grips-Theater, der Schöpfer der Stolpersteine Gunter Demnig, der international geachtete Berliner Autor Klaus Kordon oder das Theater Strahl.

Vor zwei Jahren haben ein gutes Dutzend sich dem Preis besonders verbunden fühlende Menschen einen Verein gegründet, um die hinter der Preisverleihung stehende Idee noch stärker zu verbreiten. Entstanden ist so der Plan, mit ehemaligen Preisträgern in Schulen zu gehen. Die letzte Veranstaltung dieser Art fand kurz vor den Sommerferien mit der Berliner Autorin Anja Tuckermann und 40 interessierten Schülerinnen und Schülern im Friedrich-Ebert-Gymnasium statt.

Am 14. August 2011 um 11 Uhr wird der Preis zum 27. Mal verliehen im Jugendclub Schloß 19 in der Schloßstr. 19 in Berlin-Charlottenburg. Preisträger ist das „dokumentartheater berlin“ für die Inszenierung: Vergessene Biographien. Migrantinnen und Schwarze Menschen im Nationalsozialismus.

Siegrun Klemmer,
Vorsitzende des Vereins Das Rote Tuch e.V.
www.das-rote-tuch.de

**Treffen Sie
Klaus Wowereit
in der
Fußgängerzone
Wilmsdorfer
Straße!**



Rundgang
mit dem Wahlkreisabgeordneten
Frank Jahnke
in der Fußgängerzone
am Sonnabend, d. 3. September 2011
zwischen 12.30 – 14.30 Uhr

Lietzenseefest – Sommerfest der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf.

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und Ihre Bundestagsabgeordnete Petra Merkel laden zum jährlichen Lietzenseefest – dem großen SPD-Familienfest – ein.

Neben einer großen **Hüpfburg** und einem **Spieleparcours** für die Kleinen kommen natürlich auch die Großen auf Ihre Kosten. Es gibt **Essen und Trinken** zu moderaten Preisen und an rund 30 Ständen präsentieren sich die **SPD** und **Theater, Vereine und Organisationen** aus dem Bezirk.

Prominente Politikerinnen und Politiker dürfen natürlich im Wahljahr auch nicht fehlen. Mit dabei sind: **Klaus Wowereit**, Regierender Bürgermeister von Berlin, Reinhard Naumann, SPD-Bezirksbürgermeisterkandidat, zahlreiche Senatorinnen und Senatoren, die SPD-Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirks zur Abgeordnetenhauswahl u. v. a.

Für **Musik** sorgen die **Brothers of Blues**.

Wann: Samstag, 3. September 2011 von 14.30 bis 18.30 Uhr
Wo: am Lietzenseepark, Erwin-Barth-Platz, am Kaiserdamm

Mehr Infos unter: www.spd-citywest.de

SPD

Was tun – wenn die Devise heißt: Pflege tut not?

Wir schieben es oft von uns, den eigenen körperlichen, geistigen und seelischen Notstand oder den unserer nahen Angehörigen. Der Unfall, die plötzliche schwere Erkrankung und deren Folgen betreffen andere, nicht uns.

Was aber, wenn Vater und Mutter nicht mehr laufen können, ständig stürzen, nicht mehr allein zu essen vermögen, sich in ihrer Wohnung nicht mehr zurecht finden, schließlich ihre eigenen Kinder nicht mehr erkennen? Was ist, wenn Kinder plötzlich oder allmählich ständiger Pflege bedürfen, einen selbst das bisher Undenkbare ereilt?

Verdrängung hilft niemandem, am allerwenigsten dem Betroffenen. Vorsorge ist der Kern praktischer Vernunft und der Solidarität. Ihr ist der Sozialstaat verpflichtet.

In unserem Programm zur Wahl des Abgeordnetenhauses im September kündigt unsere Partei an, die Versorgung Kranker, Älterer, Pflegebedürftiger oder von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, das System von „Pflegestützpunkten“ zwecks Intensivierung der Beratung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen auszubauen sowie die Vorbeugung und Behandlung altersbedingter Krankheiten zu fördern.

„Kann ich noch in meiner eigenen Wohnung leben, bei meinem Ehepartner oder bei meinen Kindern, obwohl ich alt und krank bin?“ Oder: „Schaffen wir es, Vater oder Mutter oder beide zu betreuen – wie es gut und richtig ist – obwohl wir beide berufstätig sind und Kinder haben, die selber der Betreuung bedürfen?“

Wer vor solchen Problemen steht, gelangt bald an physische, psychische und finanzielle Grenzen und an die Frage, ob er für sich allein steht oder ob er auf Hilfe – auch finanzieller Art – rechnen kann.

Für eine Antwort auf diese Frage steht die SPD, und zwar im besten Sinne ihrer Tradition. Sie macht sich fest an der Einrichtung der „Pflegestützpunkte“. Es handelt sich um neutrale Bera-

tungsstellen. Deren Aufgabe ist es, allen Rat suchenden unabhängig und kostenfrei darzulegen, welche gesetzlichen Leistungen sie in Anspruch nehmen können, um ihre Lage zu erleichtern. Die Mitarbeiter der Beratungsstellen erläutern Angebote, z. B. hinsichtlich ärztlicher und pflegerischer Betreuung, die sie mit den unterschiedlichen Trägern abgestimmt und zu deren Vernetzung sie beigetragen haben. Sie informieren über Leistungen der Pflege- und Krankenversicherung, die Auswahl und Inanspruchnahme weiterer Sozialleistungen, die bundes- und landesrechtlich vorgesehen sind und über sozialrechtliche Fragen – z. B. bei der Vorbereitung von Anträgen und Widersprüchen im Falle ablehnender Bescheide.

Ziel ist es, dem alten und kranken Menschen die eigene Wohnung so lange wie nur irgend möglich zu erhalten und alle hierzu gebotenen Mittel auszuschöpfen. Gedacht ist an die Beratung über Hilfen bei der baulichen Anpassung der Wohnung, an die Information über Wohnformen für ältere und behinderte Menschen, die Möglichkeit der Entlastung pflegender Angehöriger – kurz: an die Ausschöpfung aller technischen und finanziellen Hilfsmittel.

Sollte das Heim nicht mehr zu umgehen sein, so werden auch insoweit Informationen angeboten – und zwar auf streng neutraler Grundlage.

Auf der Webseite des Landes Berlin sind für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zwei Pflegestützpunkte verzeichnet, der in der Zillestraße 10 und in der Bundesallee 50. Dort finden Pflegebedürftige, ihre Angehörigen, kranke Menschen, denen eine Pflegebedürftigkeit voraussichtlich bevorsteht und Menschen mit einer Behinderung sachkundige Beraterinnen und Berater; es handelt sich um ausgebildete Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Pflegekräfte und Fachangestellte von Sozialversicherungen. Sie müssen eine Zusatzqualifikation zur Pflegeberater bzw. zur Pflegeberaterin nachweisen.

Helmut Kynast

**Unser Bezirksbürgermeister-Kandidat,
Reinhard Naumann, hat das Wort:**



Erfolgreicher Start ins neue Schuljahr in Charlottenburg-Wilmersdorf

Für das neue Schuljahr 2011/2012 wurden 2.090 Plätze für Schulanfänger/innen in den 24 öffentlichen Grundschulen, den Integrationsklassen an 2 Förderzentren und in den Grundstufen der Gemeinschaftsschule sowie der Nelson-Mandela-Schule im Bezirk vergeben. Dies ist gegenüber dem letzten Schuljahr eine leichte Steigerung um 39 Plätze. Ferner stehen rund 400 Plätze in 13 Schulen in freier Trägerschaft für Schulanfänger/innen zur Verfügung.

Für den 7. Jahrgang der Oberschulen in öffentlicher Trägerschaft wurden 2.352 Plätze vergeben. Hier sind der Schulträger, die Schulaufsicht und die Oberschulen in besonderer Weise gefordert gewesen, die benötigten Plätze und die Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Vor sechs Jahren wurde das Einschulungsalter gesenkt. Dies bedeutet eine erhebliche Steigerung von rund 300 Plätzen, die für die Versorgung dieses einmalig starken Jahrgangs benötigt wurden.

Im Aufnahmeverfahren konnten erfreulicherweise 87,8 % der Erstwunsch-Anmeldungen für das Gymnasium oder die Integrierte Sekundarschule erfüllt werden. Allen Schüler/innen aus Charlottenburg-Wilmersdorf konnte ein Platz an der von ihnen gewünschten Schulart im Bezirk angeboten werden. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen, die berlinweit keinen Platz an einer ihrer drei Wunschschulen erhalten haben. Zusätzlich konnte sogar rund 50 Schüler/innen aus anderen Bezirken ein Schulplatz der gewünschten Schulart angeboten werden.

Ausdrücklich positiv hervorzuheben ist, dass der in Teilen der Medien fortgesetzt erweckte Eindruck einer fehlenden Akzeptanz der Oberschulreform durch Bildung der Integrierten Sekundarschule unzutreffend ist. Beleg dafür ist, dass im Vergleich zum letzten Jahr ein erheblicher Rückgang der Anzahl der Widersprüche um 143 (232 statt 375) zu verzeichnen ist. Damit einhergehend ist die Anzahl der Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz sowie der eingereichten Klagen ebenfalls deutlich zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Schulträger im Zusammenwirken mit den Schulleitungen große Anstrengungen unternimmt, um Widersprüchen durch nachträgliche Aufnahmen abzuwehren. Dies konnte allein bei den Grundschulen in diesem Jahr in 70 Fällen erfolgen, insbesondere wenn bekannt wurde, dass ein vergebener Platz nicht in Anspruch genommen wird.

Zusätzlich zu den Aufnahmen in den 1. und den 7. Jahrgang haben wir zum neuen Schuljahr Vorsorge treffen müssen, um eine hohe Anzahl zugewanderter schulpflichtiger Kinder und Jugendlichen ohne deutsche Sprachkenntnisse in „Willkommensklassen“ mit Deutschunterricht zu versorgen. Denn durch die berlinweit gestiegene Zuwanderung wurden kurzfristig vor und während der Ferien viele Familien in Wohneinrichtungen im Bezirk zugewiesen. Wir stellen damit die Erfüllung der Schulpflicht für ca. 30 Kinder im Grundschulalter und ca. 20 bis 30 Jugendliche sicher.

Nach einer ersten Analyse des Aufnahmeverfahrens ist davon auszugehen, dass auch im neuen Schuljahr die unverändert hohe Inanspruchnahme des Wunsch- und Wahlrechts durch viele Eltern zu keiner wesentlichen Veränderung in Bezug auf den für unseren Bezirk traditionellen erheblichen Wanderungsgewinn entsteht. Insgesamt besuchen über 3.000 Schüler/innen mit Wohnort außerhalb des Bezirks mehr unsere Schulen, als „unsere“ Schüler/innen Schulen in anderen Bezirken besuchen. Dies ist Ausdruck der Beliebtheit unserer bezirklichen Schullandschaft, in deren Verbesserung wir in den letzten 10 Jahren rund 40 Mio. Euro investiert haben.

Reinhard Naumann

Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport

Kontakt: naumann@charlottenburg-wilmersdorf.de

Beratung

... nicht nur für Unternehmen,

auch für ausländische Arbeitnehmer, insbesondere für diejenigen, die aufgrund der seit dem 1. Mai geltenden Freizügigkeit zu uns kommen. Sie gilt jetzt auch für EU - Bürgerinnen und Bürgern aus Osteuropa, ausgenommen bis 2014 sind nur Bulgarien und Rumänien.

Über den Sinn dieser Regelung lässt sich streiten. Nicht streiten lässt sich über die Notwendigkeit, den Mangel an Fachkräften – v. a. auf den Gebieten von Gesundheit und Pflege – zu mildern und die Rechte von Arbeitnehmern den Kolleginnen und Kollegen bekannt zu machen, die den Weg zu uns finden im Vertrauen darauf, dass sie die gleichen Rechte haben wie deutsche Arbeitnehmer.

Unternehmen wissen in der Regel, an wen sie sich zu wenden haben – insbesondere dann, wenn sie von den Vorteilen in einem auf Integration programmierten Europa profitieren wollen. Ihnen stehen oft ganze Apparate – auch staatliche – zur Verfügung.

Wie aber verhält es sich mit den Anlaufstellen für Arbeitnehmer? Wissen sie, welche Rechte sie haben, sobald sie in einem fremden Land arbeiten, wie sie sich wehren können, wenn ihnen ihr Arbeitgeber Rechte vorenthält? Und vor allem: Wissen sie es, bevor sie sich entscheiden, eine der dringend zu besetzenden Stellen in Deutschland anzunehmen? Zwar besagt die Entsenderichtlinie, dass die Mitgliedstaaten den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen „geeignete Instrumente“ zur Verfügung stellen müssen, durch die sie Verstößen gegen geltendes Recht begegnen können.

Ansätze dazu gibt es. So existiert in der Bauwirtschaft eine „sozialpartnerschaftliche Sozialkasse“, die sich dieser Probleme annimmt, und seit 2010 fördert der Senat von Berlin – als einzige Landesregierung im Bund - ein „Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte“ im DGB-Haus in der Keithstraße, dessen Beschäftigte allerdings nur Zeitverträge bis Ende dieses Jahres haben. Reichen diese Einrichtungen aus, um der neuen Lage seit dem 1. Mai und dem sich zuspitzenden Mangel an Fachkräften zu entsprechen?

Aus dem Beratungsbüro muss eine ständige Einrichtung werden, und zwar nicht nur in Berlin. Auf entsprechende Überlegungen deutet eine jüngst vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung veröffentlichte Presseerklärung hin. Denn bisher ist Europa von einem integrierten, transparenten und attraktiven Arbeitsmarkt weit entfernt. Bestimmte Arbeitsplätze kann Deutschland nicht besetzen; ihm fehlen die Fachkräfte. Andere EU-Länder haben die Fachkräfte, aber keine Arbeitsplätze, eine Absurdität. Hinzu kommt das deutsche Arbeits- und Tarifrecht. Es ist so kompliziert, dass selbst Arbeitsrechtler nicht hindurch finden. Wie soll es da einem ausländischen Arbeitnehmer gehen? Wer soll dem oft noch vor einer Sprachbarriere stehenden Kollegen, der mancherorts keinen Betriebsrat vorfindet, die Fragen beantworten, welche arbeitsrechtlichen Bestimmungen für ihn gelten, wie er sozial abgesichert ist, welchen Gesundheitsschutz er verlangen kann und auf welchen Lohn er Anspruch hat?

Es stünde dem Senat nicht schlecht an, in der kommenden Amtsperiode bezüglich der Einrichtung solcher Beratungsbüros eine Initiative im Bundesrat zu starten. An dem ewigen Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern dürfte ein solches Gesetz nicht scheitern.

Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte in Berlin



Arbeiten Sie vorübergehend in Berlin und Umgebung?
Wurden/Werden Sie von einem Arbeitgeber aus einem EU-Mitgliedsland entsandt?
Haben Sie Fragen zu Ihren Rechten in Bezug auf das Arbeitsverhältnis, z.B.

- Welche arbeitsrechtlichen Bestimmungen gelten für mich?
- Wie bin ich sozial abgesichert?
- Welchen Arbeits- und Gesundheitsschutz kann ich von meinem Arbeitgeber verlangen?
- Was tun, wenn mein Chef den vereinbarten Lohn nicht zahlt?
- Auf welchen Lohn hätte ich eigentlich Anspruch?

Wenden Sie sich an uns!

Wir hören Ihnen zu, beraten und unterstützen Sie kostenlos!
Hier finden Sie uns:

Ihr Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte
Bettina Wagner, Marta Böning
DGB-Haus - 3. OG Zimmer 315/316
Keithstraße 1-3, 10787 Berlin
Telefon: 030 21240-145 | Fax: 030 21240-116
Email: beratung-eu@dgb.de | www.postedwork.dgb.de

Beratungszeiten:

Deutsch, Englisch, Polnisch: Montag bis Freitag	10.00 – 14.00 Uhr
Rumänisch, Französisch: Montag bis Mittwoch	10.00 – 14.00 Uhr
und nach Vereinbarung	

In Kooperation mit:



 Einheitlicher
Anspruchspartner
Berlin
E-mail: ea@senwtf.berlin.de
Telefon: +49/30/9013-7555

Petra Merkel, MdB • Petra Merkel, MdB • Petra Merkel, MdB •

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

ich wünsche Ihnen einen schönen Rest-Sommer – auch wenn uns das Wetter bisher mehr Regen als Sonnenschein beschert hat. In Berlin ist diesem Sommer, wie unschwer zu erkennen ist, Wahlkampf. Wir sind auf Straßen, an Infoständen und bei Veranstaltungen unterwegs, um für die SPD zu werben.

Als Bundestagsabgeordnete für Charlottenburg-Wilmersdorf bin ich natürlich auch dabei und unterstütze unsere SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und die BVV, natürlich auch sehr gerne Frank Jahnke! Berlin soll sozialdemokratisch bleiben und Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister.

Sie finden mich, mit tatkräftiger Unterstützung der jeweiligen Kandidaten, auf meinen „**Sommorgesprächen**“. Die führe ich seit Jahren unabhängig vom Wahlkampf durch. Ich bin der Auffassung, Sie ständig über meine Arbeit im Deutschen Bundestag zu informieren. Neben Besuchen bei Institutionen, Vereinen und Verbänden im Bezirk, bin ich auch an Infoständen anzutreffen, um mit Ihnen zu diskutieren.

Auf folgenden **Wochenmärkten** treffen Sie treffen mich jeweils von 10 bis 12 Uhr:

Freitag, den 19.08.2011, Preußenallee
 Donnerstag, den 25.08.2011, Mainzer Straße
 Freitag, den 26.08.2011, Prager Platz

Natürlich bin ich auch mit einem eigenen Stand beim **Lietzenseefest der SPD-Charlottenburg-Wilmersdorf** am Samstag, den 3. September 2011, ab 14.00 Uhr vertreten.

Ausstellung und Gesprächsrunde:

Seit dem 11. Juli 2011 zeige ich in meinem Wahlkreisbüro die Ausstellung „Die Berliner Mauer“. Anlässlich des **50. Jahrestages des Mauerbaus** möchte ich Sie am Mittwoch, dem 17. August 2011, von 16 bis 18 Uhr, zu einer Gesprächsrunde mit **Egon Bahr** in die Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin, einladen. Bitte melden Sie sich per Mail oder telefonisch an.

Ich freue mich darauf, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen. Wenn Sie Interesse an einem Termin in meiner **Bürgersprechstunde**, einem **Besuch im Bundestag** oder einer **Politischen Ganztagesfahrt** durch Berlin haben, melden Sie sich doch bei mir. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf meiner Homepage www.petra-merkel.de, dort können Sie auch meinen **Newsletter** abonnieren. Auch auf **facebook** finden Sie mich!

Ihre



Petra Merkel, MdB
 Bundestagsabgeordnete für
 Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE 15**
 Goethestraße 15, 10625 Berlin,
 Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68
 E-Mail: petra.merkel@bundestag.de
 Homepage: www.petra-merkel.de

Öffnungszeiten:

Montag	15 – 18 Uhr
Dienstag	12 – 16 Uhr
Mittwoch	10 – 14 Uhr
Donnerstag	10 – 14 Uhr

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Mommsenstraße

verläuft von der Lewishamstraße bis zur Knesebeckstraße und trägt seit dem 12.10.1897 den Namen des Historiker Theodor Mommsen geboren am 30.11.1817 in Garding/Schlesien, gestorben am 1.11.1903 in Charlottenburg. Mommsen war seit 1858 Professor der Alten Geschichte in Berlin und wohnte in der Marchstraße 8 in Charlottenburg. Als preußischer Abgeordneter zählte er 1863 –1866 zu den Gegnern Bismarcks. Seit 1881 war er

Reichstagsabgeordneter. Der Historiker Mommsen hinterließ einige bedeutende Werke über die Geschichte der Römer. 1902 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Sprechstunde:

Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

Öffnungszeiten: Mo - So 16³⁰ - 1⁰⁰

Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81

Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin

direkt am U.-Bhf. Richard-Wagner-Platz

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;

Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin

Unter **Denkmalschutz** stehen das Bauensemble Nr. 4a – 11.

Das Gelbe Haus III Nr. 5 1906,

das Gelbe Haus I Nr.6 und

das Grüne Haus 1903/04 alle von Albert Gessner,

die Mietshäuser Nr. 11, 1904 von Karl August Dehmel,

Nr. 15 1894/95 von Paul Boswan,

Nr. 50 1907 von Reinhard Brehm,

Nr. 56 1905/1906 von A. Caspari und A. Langhammer,

Nr. 59 1904/05 von A. Bühring und F. Schneider und

Nr. 66 1902/03 von Ludwig Bosse.

Gedenktafeln befinden sich an folgenden Häusern:

Nr. 6: Leo Blech Komponist und Dirigent (lebte im Haus von 1913 – 1937)

Nr. 44: Mascha Kaleko Schriftstellerin

Nr. 56: Kurt Singer Mediziner und Dirigent

Nr. 57: Günter Neumann Kabarettist (Die Insulaner), sein Geburtshaus

Stolpersteine befinden sich vor folgenden Häusern:

Nr. 6: Clara Lehmann

Nr. 22: Margarethe und Willy Sussmann

Nr. 34: Hans Arno Steinitz

Nr. 50: Jeanette und Franz Lichtenstein

Nr. 52: Dr.iur.Friedrich Julius und Hilde Elisabeth Freund

Nr. 55: Martha Konicki

Nr. 56: Gertrud und Dr. Fritz Gumpert

Nr. 65: Samuel R. und Alfred Reichmann

Nr. 67: Dr. Alfred Waller

Nr. 69: Elieser Ehrenreich, Martha Gerson.

Jürgen Behrend